

**Sondermedienspiegel zum Thema "Studie: Städte und Gemeinden in der
Flüchtlingspolitik" VOM 21.08.2017 BIS 23.08.2017**

Inhaltsverzeichnis

Thema: Stiftung Mercator - Wissenschaft

21.08.2017 epd Basisdienst: Studie: Integration wird durch Behördenversäumnisse behindert.....	4
21.08.2017 epd Basisdienst: Studie: Integration wird durch Behördenversäumnisse behindert.....	5
21.08.2017 Hamburger Abendblatt: Studie beklagt schlechte Zusammenarbeit der Behörden.....	6
21.08.2017 NRZ, Düsseldorf: Behördenversagen schadet Integration.....	7
21.08.2017 Westfalenpost, Lennestadt und Kirchhundem: Kommentar: Wertvolle Ermahnung.....	8
21.08.2017 Westfalenpost, Arnsberg und Sundern: Studie: Bürokratie bremst Integration.....	9
21.08.2017 Westfalenpost, Lennestadt und Kirchhundem: Ein Vorbild aus dem Sauerland.....	10
21.08.2017 Westdeutsche Allgemeine WAZ (WAZ Marl, WAZ Mantelteil): Kommentar: Der Staat steht in der Schuld.....	11
21.08.2017 Cellesche Zeitung: Behördenversagen schadet Integration.....	12
21.08.2017 Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung: Ein Vorbild aus dem Sauerland.....	13
22.08.2017 Neues Deutschland Berlin-Brandenburg: Behördenversäumnisse behindern Integration.....	14
21.08.2017 Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung: Studie: Bürokratie bremst Integration.....	15
20.08.2017 Westfalenpost: Flüchtlinge - Wertvolle Ermahnung.....	16
20.08.2017 Westfalenpost: Flüchtlingskrise: Der Staat steht auch in der Schuld.....	17
20.08.2017 Presseportal: WP: Studie: Behördenversagen schadet der Integration.....	18
21.08.2017 DIE WeLT online: Studie empfiehlt Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber.....	19
21.08.2017 Bergedorfer Zeitung: Studie: Erschwerte Integration.....	20
21.08.2017 Neues Deutschland: Behördenversäumnisse behindern Integration.....	21
21.08.2017 Neues Deutschland: Behördenversäumnisse behindern Integration.....	22

21.08.2017 WAZ: Studie: Träge Bürokratie brems Integration von Flüchtlingen Politik muss Zuständigkeits-Durcheinander beenden.....	23
21.08.2017 Westdeutscher Rundfunk: Studie: Behörden-Chaos behindert Integration von Flüchtlingen.....	25
21.08.2017 Berliner Morgenpost: Flüchtlinge: Studie beklagt schlechte Zusammenarbeit der Behörden.....	26
21.08.2017 Hertz 87.9: Studie wirft Behörden Versagen im Umgang mit Geflüchteten vor.....	27
21.08.2017 ruhr-uni-bochum: Was in Verwaltungen besser laufen müsste.....	28
22.08.2017 Bundesdeutsche Zeitung: 1 Mio. Flüchtlinge wollen in die EU - Nach Syrien ist vor Südsudan.....	29
22.08.2017 migazin.de: Gute Improvisation, aber auch Defizite in Flüchtlingspolitik.....	32
22.08.2017 facebook.com: Link: Aktuelle Sozialpolitik.....	33
22.08.2017 extremnews.com: WAZ: Der Staat steht in der Schuld - Kommentar zum Behördenversagen in der Einwanderungsflut.....	34
21.08.2017 COSMO - COSMO: COSMO (21.08.2017: 14:00 h - 18:00 h).....	35



Studie: Integration wird durch Behördenversäumnisse behindert

Hagen/Bochum (epd). Eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltung und Behörden behindert laut einer neuen Studie die Integration von Flüchtlingen. Dies sei an sich ein Hemmnis, zudem werde unnötig viel Zeit und Geld verschlungen, heißt es laut einem Bericht der "Westfalenpost" (Montag) in einer Untersuchung im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die vom Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil verfasste Studie fordert demnach die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen. Die Politik müsse ein Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration

beenden, erklärte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er. Die Untersuchung habe ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben." In der Studie wird auch für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes plädiert. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber könne den bisher enormen Verwaltungsaufwand vereinfachen, erklärte Bogumil. Zudem mahnte der Wissen-

schaftler mehr Flexibilität von Integrationsmaßnahmen an, etwa durch pauschale Lösungen anstelle von aufwendigen Einzelfallprüfungen.

Der Wissenschaftler untersuchte die Verwaltungsarbeit der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016. Dabei stützte er sich auch stark auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum.



Studie: Integration wird durch Behördenversäumnisse behindert

Hagen/Bochum (epd). Eine aktuelle Studie kritisiert eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms. Dadurch werde die Integration behindert, zudem werde unnötig viel Zeit und Geld verschlungen, heißt es in einer Untersuchung im Auftrag der **Stiftung Mercator**, über die die in Hagen erscheinende "Westfalenpost" (Montag) berichtet. Die vom Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil verfasste Studie fordert demnach die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Die Politik müsse vor allem das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, forderte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er. Die Untersuchung habe ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt, sagte Bogumil der Zeitung. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben."

Die Studie plädiert auch für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asyl-

bewerber könne den bisher enormen Verwaltungsaufwand vereinfachen, erklärte Bogumil. Zudem mahnte der Wissenschaftler mehr Flexibilität von Integrationsmaßnahmen an, etwa durch Pauschalierungen anstelle von aufwendigen Einzelfallprüfungen. Der Wissenschaftler untersuchte die Verwaltungsarbeit der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016. Dabei stützte er sich vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum.



Studie beklagt schlechte Zusammenarbeit der Behörden

BOCHUM:: Schlechte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Studie des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**, über die die Westfalenpost berichtet. Die Politik müsse das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, so Bogumil.

Copyright 2017 PMG Presse-Monitor Deutschland GmbH und Co. KG



Medienquelle: Print
Seitenstart: 1
Auflagen: 5.398

Anzahl der Zeichen: 2628
Rubrik: NRZ Düsseldorf
Autor: Martin Korte

Auch erschienen in: NRZ, Kleve

Behördenversagen schadet Integration

Forscher lobt aber die Flexibilität der Kommunen in der Flüchtlingskrise

Von Autor: Martin Korte

An Rhein und Ruhr.

Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszuströms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Professor Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die Studie fordert die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln der Kommunen vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/2016 und stützte sich dabei vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum. "Wir haben ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt", sagte er der Westfalenpost. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Im-

provisationskunst auf die Probleme reagiert haben." Die Politik müsse vor allem das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, forderte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er.

Beispiel Sprachkurse: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge organisiere den ersten Sprachkurs über seine Außenstellen, stimme sich dann aber nicht mehr mit den Anbietern vor Ort über Folgekurse ab. Ob Flüchtlinge weiter Deutsch lernen könnten, bliebe deshalb häufig dem Zufall überlassen.

Beispiel Zeugnisse: Alle ausländischen Abschlüsse unterhalb des Gymnasiums werden von der Bezirksregierung Köln begutachtet. Weil die aber nicht genug Personal habe, dauere eine Beurteilung bis zu sechs Monate. "Bürokratie bremst Integration", so Bogumil.

Weitere Forderungen der Studie: Die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen müsse flexibler gestaltet werden. Pauschalierungen sollten aufwändige Einzelfallprüfungen ersetzen. Das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werden. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen", so Bogumil. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber würde Abhilfe schaffen.

Und: Die Politik müsse sich zurücknehmen, fordert der Wissenschaftler. "Auf symbolische Rechtsänderungen aus politischen Motiven sollte verzichtet werden, da diese die Arbeit vor allem in den Kommunalverwaltungen erheblich verkomplizieren und wenig bewirken." NRZ

Bild 1:
Sprachkurs für arabische Flüchtlinge.

Foto: Jürgen Theobald



Kommentar: Wertvolle Ermahnung

Martin Korte zur Studie der Stiftung Mercator

Wir erinnern uns noch gut an die Bilder des Sommers 2015, als Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland strömten und Angela Merkels Satz "Wir schaffen das" mehr Wunschvorstellung war als Tatsachenbehauptung. Der Staat versank damals nur deswegen nicht im Chaos, weil zahlreiche Mitarbeiter in den Behörden sowie ehrenamtliche Helfer in die Bresche sprangen und selbst an die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit gingen.

Selbstverständlich haben wir Lehren gezogen aus der Krise, überstanden ist sie aber nicht. Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung und Armut fliehen, wird weiter steigen. Die Studie der **Stiftung Mercator** ermahnt alle Handelnden im Bereich Asyl und Integration, dass unsere Verwaltungen besser werden müssen, damit das Gemeinwesen nicht erneut in eine schwierige Lage gerät.

Doppelarbeit, mangelhafte Kommunikation, unverständliche und komplizierte Vorgaben der Politik verschwenden nicht nur Zeit und Steuergeld, sondern frustrieren auch alle Beteiligten. Die Defizite erzeugen ein Klima der Ablehnung und nicht der Hilfe. Hier stinkt der Fisch tatsächlich vom Kopf: Die kommende Bundesregierung muss sich der Debatte vorurteilsfrei stellen und schleunigst Konsequenzen ziehen. Sie darf die Kommunen nicht wieder im Stich lassen.



Studie: Bürokratie bremst Integration

Wissenschaftler kritisiert Verantwortungs-Durcheinander in der Verwaltung

Arnsberg/Essen. Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Prof. Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die Studie fordert die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln der Kommunen vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/2016 und stützte sich dabei vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum. "Wir haben ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt", sagte er der WESTFALENPOST. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben."

Die Politik müsse vor allem das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, forderte Bogumil. "Je-

der macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er. Beispiel Sprachkurse: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) organisiere den ersten Sprachkurs über seine Außenstellen, stimme sich dann aber nicht mehr mit den Anbietern vor Ort über Folgekurse ab. Ob Flüchtlinge weiter Deutsch lernen könnten, bliebe häufig deshalb dem Zufall überlassen. Beispiel Zeugnisse: Alle ausländischen Abschlüsse unterhalb des Gymnasiums werden von der Bezirksregierung Köln begutachtet. Weil die aber nicht genug Personal habe, dauere eine Beurteilung bis zu sechs Monate. "Bürokratie bremst Integration", sagte Bogumil.

Weitere zentrale Forderungen:

Die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen müsse flexibler gestaltet werden. Pauschalierungen sollten aufwändige Einzelfallprüfungen ersetzen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werde. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen", so Bogumil.

Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber würde Abhilfe schaffen.

Die Politik müsse sich zurücknehmen, forderte der Wissenschaftler. "Künftig sollte auf symbolische Rechtsänderungen aus politischen Motiven verzichtet werden, da diese die Arbeit vor allem in den Kommunalverwaltungen erheblich verkomplizieren und gleichzeitig wenig bewirken."

Kommentar Seite 2

Bericht Zeitgeschehen

Folgestudie bereits bewilligt

*Die **Stiftung Mercator** hat bereits ein Folgeprojekt bewilligt. Darin sollen übergeordnete gesetzliche Aspekte, bis hin zum verfassungsrechtlichen Rahmen, wissenschaftlich bewertet werden.*

Bild 1: Prof. Jörg Bogumil (vorne) und Dr. Wolfgang Rohe von der **Stiftung Mercator haben die Studie zur Flüchtlingskrise vorgestellt.**



Ein Vorbild aus dem Sauerland

Studie stellt der Stadt Arnsberg ein gutes Zeugnis für die Bewältigung der Flüchtlingskrise aus. Bundesweite Debatte soll Lösungen für Behörden ermöglichen

Von Martin Korte

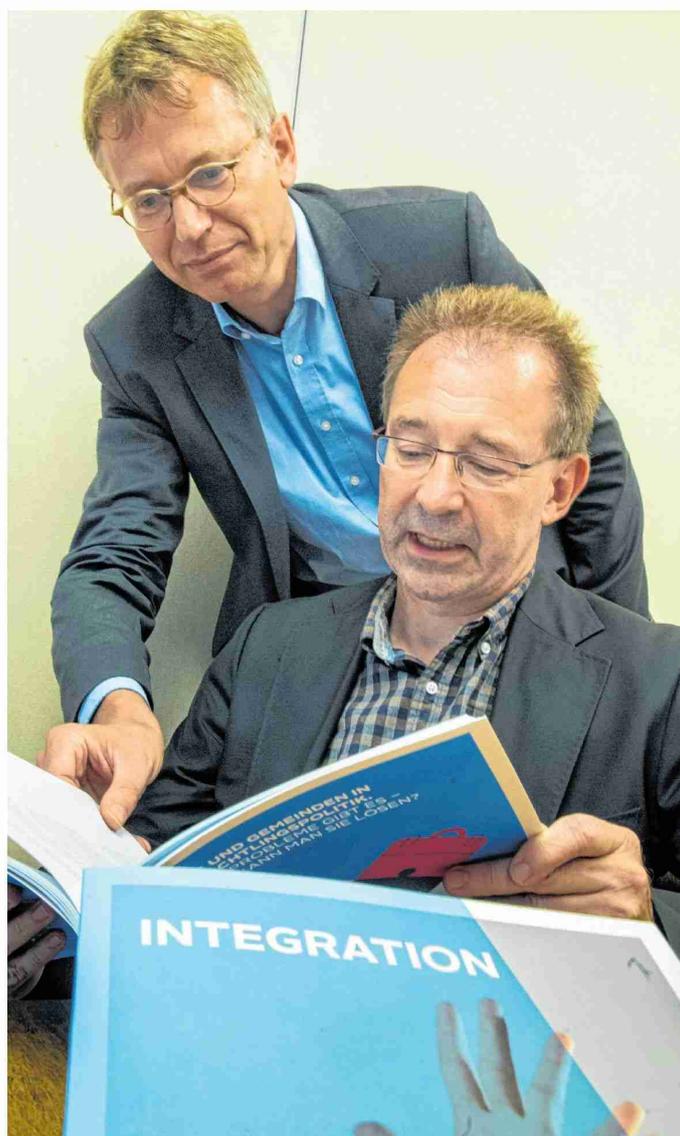
Arnsberg/Essex. Es ist ein ziemlich dickes Paket, das die Post in diesen Tagen an alle Ausländerbehörden, die kommunalen Spitzenverbände, die Sozial- und Innenminister von Bund und Ländern sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausliefert. Absender ist die Essener Stiftung Mercator. „Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik. Welche Probleme gibt es – und wie kann man sie lösen“, steht auf der Titelseite der Studie, die sich alle, die beruflich mit Integration und Migration zu tun haben, gut durchlesen sollten.

Denn „Probleme gibt es reichlich“, sagt Autor Prof. Dr. Jörg Bogumil. Der Verwaltungswissenschaftler hat untersucht, wie die Kommunen mit der Flüchtlingskrise umgehen. Besser gesagt: umgehen müssen. Denn die Defizite, die Bogumil und sein Team von der Ruhr-Universität Bochum zutage förderten, sind gravierend. Die Städte können nichts dafür, im Gegenteil: Sie müssen Fehler ausbaden, die Bund und Länder zu verantworten haben.

Schlechtes Übergabe-Management

Doppelarbeit und mangelhafte Kommunikation sind die wichtigsten Defizite, die Bogumil ermittelt hat. Er kritisiert vor allem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Weil es nicht effizient arbeite, sei es dafür verantwortlich, dass zahlreiche Syrer vor den Verwaltungsgerichten mit ihren Klagen gegen abgelehnte Asylbescheide erfolgreich seien.

Dass Flüchtlinge, deren Asylstatus anerkannt wurde, eine neue Gesundheitskarte beantragen müssen, kann der Forscher nicht nachvollziehen. Vielerorts gebe es nämlich kein vernünftiges Übergabe-Management, so dass sämtliche Daten erneut



Prof. Jörg Bogumil (vorne) und Dr. Wolfgang Rohe von der Stiftung Mercator haben die Studie zur Flüchtlingskrise vorgestellt.

FOTO: MATTHIAS GRABEN

eingetragen werden müssen.

„Wir haben eine Misstrauensverwaltung“, sagt Bogumil. „Sie beruht einzig und allein darauf, Missbrauch zu entdecken und nicht zu helfen.“ Die Bürokratie fresse Zeit und Geld. Und sie belaste nicht nur die Flüchtlinge selbst, sondern

auch ehrenamtliche Helfer, die angesichts zahlreicher verfahrenstechnischer Stolpersteine am Sinn ihrer Tätigkeit zweifelten.

Die Stiftung Mercator will nun einen Diskussionsprozess in Gang setzen, sagt Geschäftsführer Dr. Wolfgang Rohe. Unmittelbar im

Nicht die erste positive Erwähnung

Die Stadt Arnsberg hat beim Thema Integration schon mehrmals bundesweit **positive Schlagzeilen** gemacht. So gehörte die Initiative „Neue Nachbarn Arnsberg“ zu den 100 Preisträgern des Wettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“ 2016. Prof. Bogumil lobt, dass Arnsberg der Herausforderung mit einer **veränderten Verwaltungsorganisation** begegne. Das Ausländeramt, das Sozialamt und die Unterbringung von Flüchtlingen seien in eine Einheit integriert worden.

mako

Anschluss an die Bundestagswahl sollen sich alle betroffenen Stellen auf Einladung der Stiftung in Berlin an einen Tisch setzen, um über die Lösungsvorschläge der Untersuchung zu debattieren.

Der Arnsberger Bürgermeister Hans-Josef Vogel (CDU) kennt das umfangreiche Papier schon. Schließlich hat der Professor aus Bochum die Stadt im Sauerland für seine Forschungen besonders genau unter die Lupe genommen. Arnsberg schnitt dabei ziemlich gut ab, unter anderem weil die Verwaltung für Flüchtlinge zentrale Anlaufstellen eingerichtet hat, um eben kein Verantwortungs-Durcheinander entstehen zu lassen.

Arnsberg liefere ein gutes Beispiel für positive Improvisationskunst, lobt Bogumil. Mit Vogels Wechsel auf den Stuhl des Regierungspräsidenten am 1. September verbindet der Wissenschaftler die konkrete Hoffnung, dass das Arnsberger Vorbild Schule macht: Die Bezirksregierung ist landesweit für die Umsetzung großer Teile der Flüchtlingspolitik verantwortlich.



Medienquelle: Print
Seitenstart: 2
Auflagen: 2.424

Anzahl der Zeichen: 1159
Rubrik: WAZ Duisburg-Mitte
Autor: Stephanie Weltmann

Artikel im Web: <http://www.funkemedien.de>

Kommentar: Der Staat steht in der Schuld

Als 2015 rund 890 000 Menschen nach Deutschland kamen, waren es die Städte und ihre Bürger, die mit bemerkenswertem Einsatz die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge ermöglichten. So haben die Städte oft innerhalb von nur Stunden Turnhallen freiräumen müssen, weil Landesbehörden Menschen zu schnell weiterschickten. Ehrenamtliche unterrichteten Deutsch, lange bevor der Bund dazu kam. Und diese

Helfer waren es auch, die mit den Migranten von Amt zu Amt eilten, weil es an zentralen Anlaufstellen mangelte.

Zwei Jahre später sind die Flüchtlingszahlen zurückgegangen. Der Bürger darf da erwarten, dass Bund und Land diese Auszeit nutzen, um aus den chaotischen Zuständen zu lernen. Doch das Bild, das die **Stiftung Mercator** zeichnet, ist keines von Effizi-

enz: Da variiert je nach Status im Asylprozess, welche Stelle für die Gesundheitskarte eines Flüchtlings zuständig ist. Da müssen Migranten monatelang auf Prüfung ihrer Zeugnisse warten, weil die eine befugte Behörde unterbesetzt ist. Die Verantwortlichen sind es auch den Helfern von 2015 schuldig, Strukturen so zu verbessern, dass sich der Ausnahmezustand von damals nicht wiederholt.



Behördenversagen schadet Integration

ESSEN. Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die Studie fordert die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen, berichtet die Westfalenpost. Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015/2016.

Copyright 2017 PMG Presse-Monitor Deutschland GmbH und Co. KG



Ein Vorbild aus dem Sauerland

Studie stellt der Stadt Arnsberg ein gutes Zeugnis für die Bewältigung der Flüchtlingskrise aus. Bundesweite Debatte soll Lösungen für Behörden ermöglichen

Arnsberg/Essen. Es ist ein ziemlich dickes Paket, das die Post in diesen Tagen an alle Ausländerbehörden, die kommunalen Spitzenverbände, die Sozial- und Innenminister von Bund und Ländern sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausliefert. Absender ist die Essener **Stiftung Mercator**. "Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik. Welche Probleme gibt es - und wie kann man sie lösen", steht auf der Titelseite der Studie, die sich alle, die beruflich mit Integration und Migration zu tun haben, gut durchlesen sollten.

Denn "Probleme gibt es reichlich", sagt Autor Prof. Dr. Jörg Bogumil. Der Verwaltungswissenschaftler hat untersucht, wie die Kommunen mit der Flüchtlingskrise umgehen. Besser gesagt: umgehen müssen. Denn die Defizite, die Bogumil und sein Team von der Ruhr-Universität Bochum zutage förderten, sind gravierend. Die Städte können nichts dafür, im Gegenteil: Sie müssen Fehler ausbaden, die Bund und Länder zu verantworten haben.

Schlechtes Übergabe-Management Doppelarbeit und mangelhafte Kommunikation sind die wichtigsten Defizite, die Bogumil ermittelt hat. Er kritisiert vor allem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Weil es nicht effizient arbeite, sei es dafür verantwortlich, dass zahlreiche Syrer vor den Verwaltungsgerichten mit ihren Klagen gegen abgelehnte Asylbescheide erfolgreich seien.

Dass Flüchtlinge, deren Asylstatus anerkannt wurde, eine neue Gesundheitskarte beantragen müssen, kann der Forscher nicht nachvollziehen. Vielerorts gebe es nämlich kein vernünftiges Übergabe-Management, so dass sämtliche Daten erneut eingegeben werden müssen.

"Wir haben eine Misstrauensverwaltung", sagt Bogumil. "Sie beruht einzig und allein darauf, Missbrauch zu entdecken und nicht zu helfen." Die Bürokratie fresse Zeit und Geld. Und sie belaste nicht nur die Flüchtlinge selbst, sondern auch ehrenamtliche Helfer, die angesichts zahlreicher verfahrenstechnischer Stolpersteine am Sinn ihrer Tätigkeit zweifelten.

Die **Stiftung Mercator** will nun einen Diskussionsprozess in Gang setzen, sagt Geschäftsführer Dr. Wolfgang Rohe. Unmittelbar im Anschluss an die Bundestagswahl sollen sich alle betroffenen Stellen auf Einladung der Stiftung in Berlin an einen Tisch setzen, um über die Lösungsvorschläge der Untersuchung zu debattieren.

Der Arnsberger Bürgermeister Hans-Josef Vogel (CDU) kennt das umfangreiche Papier schon. Schließlich hat der Professor aus Bochum die Stadt im Sauerland für seine Forschungen besonders genau unter die Lupe genommen. Arnsberg schnitt dabei ziemlich gut ab, unter anderem weil die Verwaltung für Flüchtlinge zentrale Anlaufstellen eingerichtet hat, um eben kein Verantwortungs-Durcheinander entstehen zu lassen.

Arnsberg liefere ein gutes Beispiel für positive Improvisationskunst, lobt Bogumil. Mit Vogels Wechsel auf den Stuhl des Regierungspräsidenten am 1. September verbindet der Wissenschaftler die konkrete Hoffnung, dass das Arnsberger Vorbild Schule macht: Die Bezirksregierung ist landesweit für die Umsetzung großer Teile der Flüchtlingspolitik verantwortlich.



Behördenversäumnisse behindern Integration

Hagen. Eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltung und Behörden behindert laut einer neuen Studie die Integration von Flüchtlingen. Dies sei an sich ein Hemmnis, zudem werde unnötig viel Zeit und Geld verschlungen, heißt es laut einem Bericht der »Westfalenpost« in einer Untersuchung im Auftrag der **Stiftung Merca-**

tor. Die vom Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil verfasste Studie fordert demnach die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen. Die Politik müsse ein Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, erklärte Bogumil. »Jeder macht das vermeintlich

Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich«, kritisierte er. Die Untersuchung habe ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt. »Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben.« epd/nd



Studie: Bürokratie bremst Integration

Wissenschaftler kritisiert Verantwortungs-Durcheinander in der Verwaltung

Von Autor: Martin Korte

Arnsberg/Essen.

Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Prof. Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die Studie fordert die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln der Kommunen vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/2016 und stützte sich dabei vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum. "Wir haben ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt", sagte er dieser Zeitung. "Dass daraus kein Staats-

versagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben."

Die Politik müsse vor allem das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, forderte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er. Beispiel Sprachkurse: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) organisiere den ersten Sprachkurs über seine Außenstellen, stimme sich dann aber nicht mehr mit den Anbietern vor Ort über Folgekurse ab. Ob Flüchtlinge weiter Deutsch lernen könnten, bliebe häufig deshalb dem Zufall überlassen. Beispiel Zeugnisse: Alle ausländischen Abschlüsse unterhalb des Gymnasiums werden von der Bezirksregierung Köln begutachtet. Weil die aber nicht genug Personal habe, dauere eine Beurteilung bis zu sechs

Monate. "Bürokratie bremst Integration", sagte Bogumil.

Weitere zentrale Forderungen:

Die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen müsse flexibler gestaltet werden. Pauschalierungen sollten aufwändige Einzelfallprüfungen ersetzen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werden. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen", so Bogumil. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für -Asylbewerber würde Abhilfe schaffen.

Die Politik müsse sich zurücknehmen, forderte der Wissenschaftler. "Künftig sollte auf symbolische Rechtsänderungen aus politischen Motiven verzichtet werden, da diese die Arbeit vor allem in den Kommunalverwaltungen erheblich verkomplizieren und gleichzeitig wenig bewirken."



Flüchtlinge - Wertvolle Ermahnung

[Artikel im Web](#)

Eine Studie der Stiftung Mercator zählt zahlreiche Defizite beim Management der Flüchtlingskrise auf. Die Kommunen müssen Fehler der Politik ausbilden.

Wir erinnern uns noch gut an die Bilder des Sommers 2015, als Flüchtlinge unkontrolliert nach Deutschland strömten und Angela Merkels Satz "Wir schaffen das" mehr Wunschvorstellung war als Tatsachenbehauptung. Der Staat versank damals nur deswegen nicht im Chaos, weil zahlreiche Mitarbeiter in den Behörden sowie ehrenamtliche Helfer in die Bresche sprangen und

selbst an die Grenzen der persönlichen Belastbarkeit gingen.

Selbstverständlich haben wir Lehren gezogen aus der Krise, überstanden ist sie aber nicht. Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung und Armut fliehen, wird weiter steigen. Die Studie der **Stiftung Mercator** ermahnt alle Handelnden im Bereich Asyl und Integration, dass unsere Verwaltungen besser werden müssen, damit das Gemeinwesen nicht erneut in eine schwierige Lage gerät.

Doppelarbeit, mangelhafte Kommunikation, unverständliche und komplizierte Vorgaben der Politik verschwenden nicht nur Zeit und Steuergeld, sondern frustrieren auch alle Beteiligten. Die Defizite erzeugen ein Klima der Ablehnung und nicht der Hilfe. Hier stinkt der Fisch tatsächlich vom Kopf: Die kommende Bundesregierung muss sich der Debatte vorurteilsfrei stellen und schleunigst Konsequenzen ziehen. Sie darf die Kommunen nicht wieder im Stich lassen.



Medienquelle: Internet
Visits: 266.101
Anzahl der Zeichen: 1162
Auch erschienen in: 88news.de,
blogspan.net, dorfinfo.de, fair-news.de,

finanzen.at, finanzen.net,
finanznachrichten.de, firmenpresse.de,
FTOR, godmode-trader.de, Gretler Group,
mittelstandcafe.de, politikexpress.de,
Presseportal, WAZ

Flüchtlingskrise: Der Staat steht auch in der Schuld

Stephanie Weltmann zum Behördenversagen in der Flüchtlingskrise

[Artikel im Web](#)

2015 waren es die Städte und Helfer vor Ort, die die Flüchtlingskrise managten. Auch ihnen ist es der Staat schuldig, Strukturen zu verbessern.

Als 2015 rund 890.000 Menschen nach Deutschland flohen, waren es die Städte und ihre Bürger, die mit bemerkenswertem Einsatz die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge ermöglichten. So haben die Städte oft innerhalb von nur Stunden Turnhallen freiräumen müssen, weil Landesbehörden Menschen zu schnell weiterschick-

ten. Ehrenamtliche unterrichteten Deutsch, lange bevor der Bund dazu kam. Und diese Helfer waren es auch, die mit den Migranten von Amt zu Amt eilten, weil es an zentralen Anlaufstellen mangelte.

Zwei Jahre später sind die Flüchtlingszahlen zurückgegangen. Der Bürger darf da erwarten, dass Bund und Land diese Auszeit nutzen, um aus den damals chaotischen Zuständen zu lernen. Doch das Bild, das die **Stiftung Mercator** zeichnet, ist keines von

Effizienz: Da variiert je nach Status im Asylprozess, welche Stelle für die Gesundheitskarte eines Flüchtlings zuständig ist. Da müssen Migranten monatelang auf Prüfung ihrer Zeugnisse warten, weil die eine befugte Behörde unterbesetzt ist.

Die Verantwortlichen sind es auch den Helfern von 2015 schuldig, Strukturen so zu verbessern, dass sich der Ausnahmezustand von damals nicht wiederholt.



Medienquelle: Internet
Visits: 7.049.490
Anzahl der Zeichen: 2078

Auch erschienen in: blogspan.net,
dorfinfo.de, fair-news.de, finanzen.at,
finanzen.net, finanznachrichten.de,

firmenpresse.de, FTOR, godmode-
trader.de, Gretler Group, iinews.de,
nachrichten-heute.net, politikexpress.de

WP: Studie: Behördenversagen schadet der Integration

Artikel im Web

Arnsberg/Essex (ots) - Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Prof. Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die Studie fordert die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen, berichtet die Westfalenpost (WP, Montagsausgabe).

Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/2016 und stützte sich dabei vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum. "Wir haben ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt", sagte er der Westfalenpost. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir

den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben."

Die Politik müsse vor allem das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, forderte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er.

Weitere zentrale Forderungen:

- Die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen müsse flexibler gestaltet werden. Pauschalierungen sollten aufwändige Einzelfallprüfungen ersetzen.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werden. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet

einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen", so Bogumil. Eine

generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber würde Abhilfe schaffen.

- Die Politik müsse sich zurücknehmen, forderte der

Wissenschaftler "Künftig sollte auf symbolische Rechtsänderungen

aus politischen Motiven verzichtet werden, da diese die Arbeit

vor allem in den Kommunalverwaltungen erheblich verkomplizieren

und gleichzeitig wenig bewirken."

Pressekontakt:

Westfalenpost
Zentralredaktion
Telefon: 0201 - 02331/917-4201



Studie empfiehlt Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber Deutschland: Integration

[Artikel im Web](#)

Unsinnige Bürokratie bremst einer Studie zufolge die Integration enorm. Der Verwaltungsaufwand würde sich demnach extrem vereinfachen, wenn Hartz IV generell auch Asylbewerbern zustehen würde.

Eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltung und Behörden behindert laut einer Studie die Integration von Flüchtlingen. Dies sei an sich ein Hemmnis, zudem werde unnötig viel Zeit und Geld verschlungen, heißt es laut einem Bericht der "Westfalenpost" in einer Untersuchung im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die vom Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil verfasste Studie fordert demnach die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Die Politik müsse ein Zuständigkeitsdurch-einander im Bereich Asyl und Integration beenden, erklärte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er.

Doppelarbeit und mangelnde Kommunikation: Die Untersuchung habe ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben", sagte der Wissenschaftler.

Verwaltungsarbeit der Kommunen untersucht

In der Studie wird auch für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes plädiert. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber könne den bisher enormen Aufwand vereinfachen, erklärte Bogumil. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen." Zudem mahnte der Wissenschaftler mehr Flexibilität von Integrationsmaßnahmen an, etwa durch pauschale Lösungen anstelle von aufwendigen Einzelfallprüfungen.

Der Wissenschaftler untersuchte die Verwaltungsarbeit der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016. Dabei stützte er sich auch stark auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum.



Studie: Erschwerte Integration

[Artikel im Web](#)

Hagen (epd). Eine Studie kritisiert eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms. Dadurch werde die Integration behindert, zudem werde unnötig viel Zeit und Geld verschlungen, heißt es in einer Untersuchung im Auftrag der **Stiftung Mercator**, über die die "Westfalenpost" berichtet. Die Studie fordert demnach die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.



Behördenversäumnisse behindern Integration

[Artikel im Web](#)

Forscher plädieren für Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes zugunsten von Hartz IV

Hagen. Eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltung und Behörden behindert laut einer neuen Studie die Integration von Flüchtlingen. Dies sei an sich ein Hemmnis, zudem werde unnötig viel Zeit und Geld verschlungen, heißt es laut einem Bericht der »Westfalenpost« (Montag) in einer Untersuchung im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die vom Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil verfasste Studie fordert demnach die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Die Politik müsse ein Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, erklärte Bogumil. »Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich«, kritisierte er. Die Untersuchung habe ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt. »Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben.«

In der Studie wird auch für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes plädiert. Eine generelle Öffnung von Hartz IV

für Asylbewerber könne den bisher enormen Verwaltungsaufwand vereinfachen, erklärte Bogumil. Zudem mahnte der Wissenschaftler mehr Flexibilität von Integrationsmaßnahmen an, etwa durch pauschale Lösungen anstelle von aufwendigen Einzelfallprüfungen.

Der Wissenschaftler untersuchte die Verwaltungsarbeit der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016. Dabei stützte er sich auch stark auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum.



Behördenversäumnisse behindern Integration

Artikel im Web

Hagen. Eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltung und Behörden behindert laut einer neuen Studie die Integration von Flüchtlingen. Dies sei an sich ein Hemmnis, zudem werde unnötig viel Zeit und Geld verschlungen, heißt es laut einem Bericht der »Westfalenpost« in einer Untersuchung im Auftrag der **Stiftung Merca-**

tor. Die vom Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil verfasste Studie fordert demnach die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen. Die Politik müsse ein Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, erklärte Bogumil. »Jeder macht das vermeintlich

Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich«, kritisierte er. Die Untersuchung habe ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt. »Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben.« epd/nd



Medienquelle: Internet
Visits: 1.101.636
Anzahl der Zeichen: 5460

Autor: Martin Korte

Auch erschienen in: Iserlohner
Kreisanzeiger, Neue Ruhr Zeitung,
Westfalenpost, Westfälische Rundschau

Studie: Träge Bürokratie bremst Integration von Flüchtlingen Politik muss Zuständigkeits-Durcheinander beenden

[Artikel im Web](#)

Arnsberg/Essen. Eine Studie wirft Behörden vor, bei der Integration von Flüchtlingen zu versagen. Die Lösungsansätze sind drastisch. Die Kommunen ernten Lob.

Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Prof. Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die Studie fordert die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/2016 und stützte sich dabei vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnsberg und Bochum. "Wir haben ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt", sagte er der FUNKE Mediengruppe. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben."

Politik muss Zuständigkeits-Durcheinander beenden

Die Politik müsse vor allem das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, forderte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er. Beispiel Sprachkurse: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) organisiere den ersten Sprachkurs über seine Außenstellen, stimme sich dann aber nicht mehr mit den Anbietern vor Ort über Folgekurse ab. Ob Flüchtlinge weiter Deutsch lernen könnten,

bliebe häufig deshalb dem Zufall überlassen. Beispiel Zeugnisse: Alle ausländischen Abschlüsse unterhalb des Gymnasiums werden von der Bezirksregierung Köln begutachtet. Weil die aber nicht genug Personal habe, dauere eine Beurteilung bis zu sechs Monaten. "Bürokratie bremst Integration", sage Bogumil.

Weitere zentrale Forderungen:

Die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen müsse flexibler gestaltet werden. Pauschalierungen sollten aufwändige Einzelfallprüfungen ersetzen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werden. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen", so Bogumil. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber würde Abhilfe schaffen.

Die Politik müsse sich zurücknehmen, forderte der Wissenschaftler "Künftig sollte auf symbolische Rechtsänderungen aus politischen Motiven verzichtet werden, da diese die Arbeit vor allem in den Kommunalverwaltungen erheblich verkomplizieren und gleichzeitig wenig bewirken."

Die Ausländerbehörden und ihre Mitstreiter werden sich nun mit der Studie auseinandersetzen müssen. Denn "Probleme gibt es reichlich", sagt Autor Prof. Dr. Jörg Bogumil. Der Verwaltungswissenschaftler hat untersucht, wie die Kommunen mit der Flüchtlingskrise umgehen.

Besser gesagt: umgehen müssen. Denn die Defizite, die Bogumil und sein Team von der Ruhr-Universität Bochum zutage förder-

ten, sind gravierend. Die Städte können nichts dafür, im Gegenteil: Sie müssen Fehler ausbaden, die Bund und Länder zu verantworten haben.

Bundesamt für Migration arbeitet nicht effizient

Doppelarbeit und mangelhafte Kommunikation sind die wichtigsten Defizite, die Bogumil ermittelt hat. Er kritisiert vor allem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Weil es nicht effizient arbeite, sei es dafür verantwortlich, dass zahlreiche Syrer vor den Verwaltungsgerichten mit ihren Klagen gegen abgelehnte Asylbescheide erfolgreich seien.

Dass Flüchtlinge, deren Asylstatus anerkannt wurde, eine neue Gesundheitskarte beantragen müssen, kann der Forscher nicht nachvollziehen. Vielerorts gebe es nämlich kein vernünftiges Übergabe-Management, so dass sämtliche Daten erneut eingegeben werden müssen.

"Verwaltung will Missbrauch aufdecken, statt zu helfen"

"Wir haben eine Misstrauensverwaltung", sagt Bogumil. "Sie beruht einzig und allein darauf, Missbrauch zu entdecken und nicht zu helfen." Die Bürokratie fresse Zeit und Geld. Und sie belaste nicht nur die Flüchtlinge selbst, sondern auch ehrenamtliche Helfer, die angesichts zahlreicher verfahrenstechnischer Stolpersteine am Sinn ihrer Tätigkeit zweifelten.

Die **Stiftung Mercator** will nun einen Diskussionsprozess in Gang setzen, sagt Geschäftsführer Dr. Wolfgang Rohe. Unmittelbar im Anschluss an die Bundestagswahl sollen sich alle betroffenen Stellen auf Einladung der Stiftung in Berlin an einen

Thema: Stiftung Mercator - Wissenschaft

Tisch setzen, um über die Lösungsvorschläge der Untersuchung zu debattieren.

Lob für Improvisationskunst der Kommunen

Der Arnsberger Bürgermeister Hans-Josef Vogel (CDU) kennt das umfangreiche Papier schon. Schließlich hat der Professor

aus Bochum die Stadt im Sauerland für seine Forschungen besonders genau unter die Lupe genommen. Arnsberg schnitt dabei ziemlich gut ab, unter anderem weil die Verwaltung für Flüchtlinge zentrale Anlaufstellen eingerichtet hat, um eben kein Verantwortungs-Durcheinander entstehen zu lassen.

Arnsberg liefere ein gutes Beispiel für positive Improvisationskunst, lobt Bogumil. Mit Vogels Wechsel auf den Stuhl des Regierungspräsidenten am 1. September verbindet der Wissenschaftler die konkrete Hoffnung, dass das Arnsberger Vorbild Schule macht: Die Bezirksregierung ist landesweit für die Umsetzung großer Teile der Flüchtlingspolitik verantwortlich.



Studie: Behörden-Chaos behindert Integration von Flüchtlingen

Artikel im Web

Schlechte Zusammenarbeit bei Behörden in Flüchtlingskrise.

Integration von Flüchtlingen wird dadurch behindert.

Das sind Ergebnisse einer Studie der Ruhr-Uni Bochum.

Eine mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltung und Behörden behindert die Integration von Flüchtlingen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bochumer Ruhr-Universität. Jörg Bogumil, Verwaltungswissenschaftler und Leiter der Studie wählt deutliche Worte, wenn es um die Bewältigung des Flüchtlingszustroms durch Behörden und Verwaltungen geht.

"Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit

Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben", sagte Bogumil am Montag (21.08.2017) dem WDR. Die Politik müsse das Zuständigkeits-Durcheinander in den Bereichen Asyl und Integration beenden, fordert der Wissenschaftler.

Kompetenz- und Organisationsversagen

Im Auftrag der Essener **Mercator-Stiftung** hat Bogumil die Verwaltung des Flüchtlingsstromes in den Jahren 2015 und 2016 untersucht - besonders in den Städten Bochum und Arnsberg. Er habe dabei ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt, das nicht nur die Integration der Geflüchteten behindere, sondern auch unnötig viel Zeit und Geld verschlinge. Als Beispiel führt der Verwaltungswissenschaftler

die Prüfung der Bildungsabschlüsse durch die Bezirksregierung Köln an. Da die Behörde personell völlig überlastet ist, dauere eine Beurteilung bis zu sechs Monate. So werde Integration ausgebremst, sagt Jörg Bogumil.

Auch die Regelung zum Leistungsbezug hält der Forscher für zu aufwändig. Stattdessen plädiert er für eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber. Die Politik müsse das Zuständigkeits-Durcheinander beenden, so Bogumil: "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich."



Flüchtlinge: Studie beklagt schlechte Zusammenarbeit der Behörden

[Artikel im Web](#)

Bochum. Schlechte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Studie des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**, über die die Westfalenpost berichtet. Die Politik müsse das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, so Bogumil.



Studie wirft Behörden Versagen im Umgang mit Geflüchteten vor

Artikel im Web

Den Deutschen Behörden wird Versagen bei der Integration von Geflüchteten vorgeworfen. Der größte Kritikpunkt der Studie der Mercator Stiftung, ist die mangelhafte Organisation der Behörden. Als Beispiel werden Sprachkurse für Geflüchtete genannt. Ein Erstsprachkurs wird vom Bundesamt für Migration organisiert. Ob die Teilnehmenden aber einen Folgekurs besuchen können, ist nicht mehr klar geregelt. Die Studie schlägt verschiedene Lösungsansätze vor, unter anderem eine generelle Öffnung von Hartz IV für Geflüchtete.



Medienquelle: Internet

Anzahl der Zeichen: 3542

Autor: Julia Weiler

Was in Verwaltungen besser laufen müsste Asyl und Integration

[Artikel im Web](#)

Auf die Flüchtlingswelle waren die deutschen Behörden nicht vorbereitet. Von Staatsversagen könne aber keine Rede sein, sagt eine neue Studie.

Auf die Flüchtlingswelle waren die deutschen Behörden nicht vorbereitet. Von Staatsversagen könne aber keine Rede sein, sagt eine neue Studie.

Mit Improvisationskunst und Flexibilität haben die Verwaltungen auf die große Zahl Geflüchteter in den vergangenen zwei Jahren reagiert - und dennoch gibt es vielfältige Defizite in den Verwaltungen. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie, die die **Stiftung Mercator** bei dem Bochumer Verwaltungswissenschaftler Prof. Dr. Jörg Bogumil in Auftrag gegeben hatte.

Mit seinen Kollegen Jonas Hafner und André Kastilan analysierte er die Behördenarbeit vor allen in den Städten und Gemeinden während der Migrationswelle 2015 und 2016. In dem nun veröffentlichten Ergebnisbericht geben die Wissenschaftler konkrete Empfehlungen, wie die Arbeit der Verwaltungen verbessert werden könnte. Nötig sei dafür aber auch die Unterstützung durch die Politik, so die Autoren. Zuständigkeiten einfacher gestalten

Die Forscher fordern zum einen, die komplexen Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration einfacher zu gestalten. Hilfreich könnte es etwa sein, Verwaltungstätig-

keiten auf kommunaler Ebene zu bündeln, sodass Menschen nicht erst herausfinden müssten, wer Ansprechpartner für was ist, sondern eine zentrale Anlaufstelle hätten. Konkret empfehlen Bogumil und seine Kollegen die Aufgabenbereiche der Ausländerbehörde, Sozialleistungen und Unterbringung bezogen auf die Flüchtlingspolitik zusammenzulegen.

Zudem sollten Integrationsmaßnahmen flexibler umgesetzt werden. Wenn es zum Beispiel darum geht, ob ein im Ausland erworbener Berufsabschluss anerkannt wird, könnten Verwaltungen stärker auf Praxisprüfungen setzen. Außerdem seien manchmal pauschale Lösungen praktikabler als aufwendige Einzelfallprüfungen, etwa wenn die Behörden entscheiden müssen, ob jemand eine Erstaussattung für die Wohnung bekommt.

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Außerdem empfehlen die Autoren der Studie, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen; es regelt, welche materiellen Leistungen Geflüchteten zustehen. "Die aktuelle Regelung bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand", sagt Jörg Bogumil. Dabei würden sich aus dem Gesetz nur geringfügig andere Leistungsansprüche ergeben als aus dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), das die Grundsicherung von Arbeitssuchenden regelt. "Eine generelle

Öffnung des SGB II auch für Asylbewerber würde Abhilfe schaffen", folgert Bogumil.

Künftig sollte auf symbolische Rechtsänderungen aus politischen Motiven verzichtet werden.

- Jörg Bogumil

Die Studie legt des Weiteren dar, dass viele unbestimmte Rechtsbegriffe und häufige Rechtsänderungen die Verwaltungsstellen belasten. "Künftig sollte auf symbolische Rechtsänderungen aus politischen Motiven verzichtet werden, da diese die Arbeit vor allem in den Kommunalverwaltungen erheblich verkomplizieren und gleichzeitig wenig bewirken", sagt Bogumil.

Probleme existieren nicht nur auf kommunaler Ebene. Auch auf Landes- und Bundesebene lassen sich Zuständigkeitsregelungen und Aufgabenverteilung optimieren. Dabei müssen übergeordnete gesetzliche Aspekte, bis hin zum verfassungsrechtlichen Rahmen, bewertet werden. Diese den Kommunen überlagerte Ebene soll in einem Folgeprojekt unter der Leitung von Jörg Bogumil in den Blick genommen werden. Die **Stiftung Mercator** fördert auch dieses Vorhaben.

Die Ergebnisse der Studie "Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik. Welche Probleme gibt es - und wie kann man sie lösen" sind als PDF-Dateien zum Download verfügbar (siehe unten).



1 Mio. Flüchtlinge wollen in die EU - Nach Syrien ist vor Südsudan

Artikel im Web

iSigmar Gabriel hat einen gescheiterten Staat besucht. Das Land ist entlang ethnischer Linien zerrissen, die internationalen Blauhelmsoldaten sind angesichts der Gewalt hilflos. Der deutsche Außenminister hat nun einen der Warlords, der formell Präsident ist, getroffen. Es ist ein seltener Moment der Aufmerksamkeit: Im Gegensatz zu Konflikten wie Syrien oder Libyen ist der Bürgerkrieg im Südsudan nur selten im Fokus der Öffentlichkeit. Die Gründe sind einfach. Weder geht von hier eine terroristische Bedrohung für den Westen aus, noch machen Südsudanesen einen nennenswerten Anteil der Flüchtlinge aus, die nach Europa kommen. So ist es kein Wunder, dass den humanitären Helfern das Geld fehlt, um auch nur die schlimmste Not zu lindern. / iSchwäbische Zeitung

Die Zahl der Menschen aus dem Südsudan, die über die Grenze nach Uganda geflüchtet sind, hat jetzt eine Million erreicht. Uganda ist von der am schnellsten wachsenden Flüchtlingskrisen der Welt betroffen. Die UNO-Flüchtlingshilfe, deutscher Partner des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), ruft die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung auf. Über die letzten 12 Monate sind jeden Tag durchschnittlich 1.800 Menschen aus dem Südsudan über die Grenze nach Uganda gekommen. Jetzt hat die Zahl der Geflüchteten in Uganda eine Million erreicht. In den Nachbarländern Sudan, Äthiopien, Kenia, der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik leben weitere eine Million Geflüchtete aus dem Südsudan. Im Land selbst geht man von zwei Millionen Binnenvertriebenen aus. 85 Prozent der Neuzuwanderer in Uganda sind Frauen und Kinder (unter 18 Jahren).

Sie erzählen von barbarischen Gewalttaten im Südsudan, vor denen sie geflohen sind. Bewaffnete Gruppen brennen Häuser mit Menschen nieder, töten Zivilisten vor den Augen der Angehörigen, vergewaltigen Frauen und Mädchen und entführen Jungen. Trotz des immensen Hilfsbedarfs ist die UNHCR-Hilfe in Uganda drastisch unterfinanziert. Von den benötigten 674 Milli-

onen US-Dollar, die für die Unterstützung von Flüchtlingen aus dem Südsudan in Uganda benötigt werden, sind bislang etwa 21 Prozent eingegangen. "Uganda nimmt die Geflüchteten in beispielhafter Weise auf. So stellt ihnen die Regierung dort zum Beispiel ein eigenes Stück Land zur Verfügung, das sie selbst bebauen können", so der Geschäftsführer der UNO-Flüchtlingshilfe, Peter Ruhenstroth-Bauer. "Aber die enorme Finanzierungslücke der UNHCR-Arbeit bedeutet, dass lebensrettende Hilfe nicht mehr geleistet werden kann."

Im Juni mussten in Uganda bereits Lebensmittelrationen für Flüchtlinge gekürzt werden. In den Flüchtlingslagern im Norden Ugandas, gibt es in den Gesundheitsstationen nicht genügend medizinisches Personal und Medikamente. In den Schulen gibt es Klassen mit mehr als 200 Schülern und der Unterricht muss oftmals unter freiem Himmel abgehalten werden. Viele Flüchtlingskinder gehen gar nicht in die Schule, weil diese zu weit entfernt sind. "Die Situation in Uganda für die Geflüchteten kann nur durch die lebensrettende Arbeit des UNHCR verändert werden", so Ruhenstroth-Bauer. Aufgrund der großen Finanzierungslücke ruft jetzt die UNO-Flüchtlingshilfe, der deutsche Partner des UNHCR, dringend um verstärkter Hilfe auf. Die finanzielle Unterstützung der UNO-Flüchtlingshilfe kommt unmittelbar dem UNHCR zugute. UNO-Flüchtlingshilfe e.V. 15.069 Asylsuchende im Juli 2017

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge baut Anzahl der offenen Fälle weiter ab

Im Monat Juli 2017 wurden 15.069 Asylsuchende in Deutschland registriert. Diese kamen vor allem aus Syrien, Irak und Afghanistan. Im Juni 2017 hatte die Zahl der Asylsuchenden 12.399 betragen.

Die Anzahl der offenen Fälle beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht weiter zurück: Das Bundesamt hat die Zahl der anhängigen Verfahren von 146.551 Ende Juni 2017 auf 129.467 Ende Juli 2017 reduziert.

Die Zahl der beim Bundesamt gestellten förmlichen Asylanträge, Erst- und Folgeanträge, lag im Monat Juli 2017 bei 16.844. Im Vormonat waren es 15.261 Erst- und Folgeanträge. Die Zahlen im Einzelnen:
I. Aktueller Monat a) Registrierte Zugänge in der Asylgesuch-Statistik

Nach der seit Januar 2017 zur Verfügung stehenden Asylgesuch-Statistik wurde im Juli 2017 ein Zugang von 15.069 Asylsuchenden nach Deutschland registriert. Die Hauptstaatsangehörigkeiten werden in der folgenden Tabelle dargestellt (auch im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Monaten):

	Top-10-Staatsangehörigkeiten	Mai 2017	Juni 2017	Juli 2017
	Asylsuchende insgesamt	14.973	12.399	15.069
1.	Syrien	3.657	2.996	3.972
2.	Irak	1.632	1.423	1.679
3.	Afghanistan	949	890	909
4.	ungeklärt	626	527	659
5.	Türkei	498	433	620
6.	Nigeria	529	508	590
7.	Eritrea	1.094	665	568
8.	Iran	574	461	549
9.	Somalia	573	436	537
10.	Albanien	381	307	414

b) Asylentscheidungen und förmliche Asylanträge im Juli 2017

Im Juli 2017 hat das Bundesamt über die Anträge von 36.901 Personen (Vorjahresmonat: 53.008, Vormonat: 36.016) entschieden.

7.542 Personen (20,4 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. August 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 454 Personen (1,2 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 7.088 Personen (19,2 Prozent), die Flüchtlingschutz nach § 3 des Asylgesetzes i. V. m. § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

6.066 Personen (16,4 Prozent) erhielten nach § 4 des Asylgesetzes subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU. Darüber hinaus hat das Bundesamt bei 1.058 Personen (2,9 Prozent) Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 13.070 Personen (35,4 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Entscheidungen im Dublin-Verfahren oder Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 9.165 Personen (24,7 Prozent).

Die Zahl der noch nicht entschiedenen Anträge lag Ende Juli 2017 bei 129.467 (zum 30. Juni 2017: 146.551; zum 31. Juli 2016: 526.276).

Im Juli 2017 haben beim Bundesamt 16.844 Personen Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahresmonat um 57.610 Personen (-77,4 Prozent) gesunken. Gegenüber dem Vormonat stieg die Anzahl an Asylanträgen um 1.583 Personen (10,4 Prozent).

Hauptstaatsangehörigkeiten im Juli 2017 waren:

Zum Vergleich:	Mai 2017	Juni 2017	Juli 2017
1. Syrien	3.952	3.217	3.944
2. Irak	1.695	1.597	1.726
3. Afghanistan	1.374	1.243	1.240
4. Eritrea	799	975	742
5. Nigeria	519	635	733
6. Somalia	574	494	634
7. Iran	766	568	599
8. Türkei	548	488	598
9. Albanien	474	523	575
10. Russ. Föderation	486	503	546

II. Januar bis Juli 2017 a) Registrierte Zugänge in der Asylgesuch-Statistik

Ausweislich der Asylgesuch-Statistik wurde im Zeitraum Januar bis Juli 2017 ein Zugang von 106.604 Asylsuchenden nach Deutschland registriert. Die Hauptstaatsangehörigkeiten werden in der folgenden Tabelle dargestellt

(Hinweis: Die Monatswerte enthalten keine Nachmeldungen und nachträglichen Berichtigungen. Diese sind nur in den nachfolgenden Zahlen des bisherigen Jahres enthalten. Eine Addition der Monatswerte ergibt also nicht den bisherigen Jahreswert):

Top-10-Staatsangehörigkeiten	Januar - Juli 2017
Asylsuchende insgesamt	106.604

1. Syrien 26.896
 2. Irak 11.127
 3. Afghanistan 7.368
 4. Eritrea 6.263
 5. Iran 4.561
 6. ungeklärt 3.980
 7. Nigeria 3.828
 8. Somalia 3.592
 9. Türkei 3.455
 10. Russische Föderation 2.745
- b) Asylentscheidungen und förmliche Asylanträge im Zeitraum Januar bis Juli 2017

In der Zeit von Januar bis Juli 2017 haben insgesamt 129.903 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (479.620 Personen) bedeutet dies einen Rückgang um -72,9 Prozent.

Die Hauptstaatsangehörigkeiten in der Zeit von Januar bis Juli 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren:

	Januar - Juli 2016	Januar - Juli 2017
1. Syrien	197.039	28.720
2. Irak	66.625	12.506
3. Afghanistan	79.704	11.697
4. Eritrea	9.230	7.189
5. Iran	15.743	5.571
6. Nigeria	6.127	4.512
7. Somalia	4.736	4.411
8. Albanien	9.685	4.022
9. Türkei	2.279	3.817
10. Russische Föderation	6.942	3.754

In den Monaten Januar bis Juli 2017 hat das Bundesamt über die Anträge von 444.359 Personen entschieden, 108.308 mehr (+32,2 Prozent) als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

92.826 Personen (20,9 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. August 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 2.631 Personen (0,6 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 90.195 Personen (20,3 Prozent), die Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylgesetzes i. V. m. § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

75.981 Personen (17,1 Prozent) erhielten nach § 4 des Asylgesetzes subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU. Darüber hinaus hat das Bundesamt bei 28.312 Personen (6,3 Prozent) Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 172.721 Personen (38,9 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Entscheidungen im Dublin-Verfahren oder Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 74.519 Personen (16,8 Prozent). BAMF Studie: Behördenversagen schadet der Integration

Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Prof. Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator**. Die Studie fordert die Bundesregierung auf, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen, berichtet die Westfalenpost (WP, Montagausgabe).

Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/2016 und stützte sich dabei vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnberg und Bochum. "Wir haben ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt", sagte er der Westfalenpost. "Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben."

Die Politik müsse vor allem das Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration beenden, forderte Bogumil. "Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er. Westfalenpost

Weitere zentrale Forderungen:

- Die Umsetzung von Integrationsmaßnahmen müsse flexibler gestaltet werden. Pauschalierungen sollten aufwändige Einzelfallprüfungen ersetzen.
- Das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werden. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen", so Bogumil. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber würde Abhilfe schaffen.
- Die Politik müsse sich zurücknehmen, forderte der Wissenschaftler "Künftig sollte auf symbolische Rechtsänderungen aus politischen Motiven verzichtet werden, da diese

Thema: Stiftung Mercator - Wissenschaft

die Arbeit vor allem in den Kommunalverwaltungen erheblich verkomplizieren und gleichzeitig wenig bewirken."



Gute Improvisation, aber auch Defizite in Flüchtlingspolitik Studie

[Artikel im Web](#)

Städte und Kommunen haben auf die Flüchtlingseinwanderung gut reagiert, zeigten aber auch Defizite in der Abstimmung. Das geht aus einer aktuellen Studie hervor. Darin plädieren die Forscher für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Eine neue Studie der Uni Bochum attestiert den Kommunen eine gute Improvisationskunst in der Flüchtlingspolitik, zeigt aber auch Defizite auf. Vieles laufe noch nicht optimal, heißt es in der am Montag veröffentlichten Untersuchung "Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik". Unter anderem müssten Doppelstrukturen bei Beratungsangeboten abgeschafft werden. Die Untersuchung wurde von der Essener Mercator Stiftung in Auftrag gegeben.

Zwischen Kommunen, Vereinen und Wohlfahrtsorganisationen mangle es oft an Abstimmung. Deswegen komme es in größeren Städten zu einem räumlichen Nebeneinander gleicher Beratungsstellen, kritisieren die Autoren um den Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil. Das gelte auch für Sprachkurse.

Der Bundesregierung empfehlen die Forscher, im Bereich Asyl und Integration die

Zuständigkeiten neu ordnen. Sie schlagen etwa vor, zu überprüfen, die Federführung für den Themenbereich Migration und Integration an das Bundessozialministerium zu übertragen. Zudem müsse der Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen verbessert werden.

Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Die Studienautoren plädieren auch für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. "Dies würde zu erheblichen Verwaltungsvereinfachungen führen", heißt es weiter. Die Unterschiede in den Leistungen zu Hartz IV seien ohnehin nicht mehr so groß und damit sei der Verwaltungsaufwand höher als vermeintliche Kostenersparnisse. Die Autoren sprechen sich auch für mehr Pauschalen anstelle von aufwendigen Einzelfallprüfungen etwa bei Anträgen auf Erstausstattung einer Wohnung oder auf Übersetzung von Zeugnissen aus.

Zudem fordern die Autoren mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Geduldete. Ihnen stünden in der Regel keine oder unzureichende Sprach-, Bildungs- oder Arbeitsmarktmaßnahmen zu, gleichzeitig blieben

sie wegen Ausreisehindernissen einige Jahre in Deutschland. "Da sie faktisch zum Nichtstun angehalten werden, ist die Gefahr persönlicher Krisen und einer Verschärfung ihrer prekären Lage nicht gering", hieß es.

Mehr Personal für Bildung

Mit Blick auf das Thema Bildung plädieren die Studienautoren für mehr Personal und bessere Qualifizierung. Allgemein sei festzustellen, dass zu wenig Mitarbeiter in Einrichtungen frühkindlicher Bildung, Schulen und Berufsschulen auf sprachliche Herausforderungen sowie posttraumatische Belastungsstörungen vorbereitet seien. Auch bräuchten Schulen einheitliches Lernmaterial für dem Unterricht mit Flüchtlingen, hieß es weiter.

Die Untersuchung stützt sich schwerpunktmäßig auf Erkenntnisse aus den Kommunen Arnberg und Bochum. Die in Hagen erscheinende Westfalenpost hatte zuerst über die Studie berichtet, bei der die Wissenschaftler die Verwaltungsarbeit der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016 untersuchten. (epd/mig)



Medienquelle: Internet

Anzahl der Zeichen: 3296

Link: Aktuelle Sozialpolitik

Artikel im Web

Eine Studie wirft Behörden vor, bei der Integration von Flüchtlingen zu versagen. Die Lösungsansätze sind drastisch. Die Kommunen ernten Lob.

Studie: Träge Bürokratie bremst Integration von Flüchtlingen

Eine Studie wirft Behörden vor, bei der Integration von Flüchtlingen zu versagen. Die Lösungsansätze sind drastisch. Die Kommunen ernten Lob:

https://www.wp.de/politik/studie-traege-buerokratie-bremst-integration-von-fluechtlingen-id211643879.html?__pwh=1u57fkDHXHq4t+6I24Mj1g%3D%3D

Die mangelhafte Zusammenarbeit von Verwaltungen und Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms behindert die Integration und verschlingt unnötig viel Zeit und Geld.

In der Studie des Bochumer Verwaltungswissenschaftlers Jörg Bogumil im Auftrag der **Stiftung Mercator** wird die Bundesregierung aufgefordert, die Zuständigkeiten im Bereich Asyl und Integration neu zu ordnen.

Bogumil untersuchte das Verwaltungshandeln der Kommunen auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in den Jahren

2015/2016 und stützte sich dabei vor allem auf Erkenntnisse der Städte Arnberg und Bochum. "Wir haben ein Kompetenz- und Organisationsversagen festgestellt. Dass daraus kein Staatsversagen geworden ist, verdanken wir den Kommunen, die mit Flexibilität und Improvisationskunst auf die Probleme reagiert haben."

Bogumil diagnostiziert ein Zuständigkeits-Durcheinander im Bereich Asyl und Integration.

"Jeder macht das vermeintlich Richtige, aber niemand ist für den Gesamtprozess verantwortlich", kritisierte er. Beispiel Sprachkurse: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) organisiere den ersten Sprachkurs über seine Außenstellen, stimme sich dann aber nicht mehr mit den Anbietern vor Ort über Folgekurse ab. Ob Flüchtlinge weiter Deutsch lernen könnten, bliebe häufig deshalb dem Zufall überlassen. Beispiel Zeugnisse: Alle ausländischen Abschlüsse unterhalb des Gymnasiums werden von der Bezirksregierung Köln begutachtet. Weil die aber nicht genug Personal habe, dauere eine Beurteilung bis zu sechs Monaten. "Bürokratie bremst Integration", sage Bogumil.

Doppelarbeit und mangelhafte Kommunikation sind die wichtigsten Defizite, die Bogu-

mil ermittelt hat. Er kritisiert vor allem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Weil es nicht effizient arbeite, sei es dafür verantwortlich, dass zahlreiche Syrer vor den Verwaltungsgerichten mit ihren Klagen gegen abgelehnte Asylbescheide erfolgreich seien.

"Wir haben eine Misstrauensverwaltung", sagt Bogumil. "Sie beruht einzig und allein darauf, Missbrauch zu entdecken und nicht zu helfen." Die Bürokratie fresse Zeit und Geld. Und sie belaste nicht nur die Flüchtlinge selbst, sondern auch ehrenamtliche Helfer, die angesichts zahlreicher verfahrenstechnischer Stolpersteine am Sinn ihrer Tätigkeit zweifelten.

Das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werden. "Die aktuelle Regelung zum Leistungsbezug durch Geflüchtete bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, obwohl tatsächlich nur sehr geringe Leistungsunterschiede bestehen", so Bogumil. Eine generelle Öffnung von Hartz IV für Asylbewerber würde Abhilfe schaffen.

Die Studie im Original gibt es hier: https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/2017/August/Stiftung_Mercator_Studie_Verwaltungshandeln_Fluechtlingspolitik.pdf



WAZ: Der Staat steht in der Schuld - Kommentar zum Behördenversagen in der Einwanderungsflut

[Artikel im Web](#)

Als 2015 rund eine Million Menschen nach Deutschland einwanderten, waren es die Städte und ihre Bürger, die mit bemerkenswertem Einsatz die Unterbringung und Betreuung der Einwanderer ermöglichten. Es waren die Städte, die oft innerhalb von Stunden Turnhallen freiräumen mussten, weil Landesbehörden Menschen zu schnell weiterschickten. Es waren die Ehrenamtlichen, die Deutsch unterrichten, lange bevor der Bund dazu kam. Und sie waren es auch, die von Amt zu Amt eilten, weil es keine zentralen Anlaufstellen gab.

Zwei Jahre später sind die Einwandererzahlen zurückgegangen. Der Bürger darf da erwarten, dass Bund und Land diese Auszeit nutzen, um aus den chaotischen Zuständen zu lernen. Doch das Bild, das die **Stiftung Mercator** zeichnet, ist keines von Effizienz: Da variiert je nach Status im Asylprozess, welche Behörde für die Gesundheitskarte eines Einwanderers zuständig ist. Da müssen Migranten monatelang auf Prüfung ihrer Zeugnisse warten, weil die eine zuständige Behörde unterbesetzt ist.

Die Verantwortlichen sind es auch den Helfern von 2015 schuldig, Strukturen so zu verbessern, dass sich der Ausnahmezustand von damals nicht wiederholt.

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (ots) von Stephanie Weltmann



Thema: Stiftung Mercator - Wissenschaft

21.08.2017 | COSMO - COSMO



Medienquelle: Hörfunk

Anzahl der Zeichen: 163

COSMO (21.08.2017: 14:00 h - 18:00 h)

Hörfunk-Datei

[...] Ja eine Studie der **Mercator-Stiftung** wirft vor allem... also die wirft vor allem den Bundesbehörden vor, die Integration von Geflüchteten auszubremsen.[...]